

Meine Woche

Feierabendpolitik

Von Marius Koity

Verwaltungsrechtliche Auseinandersetzungen haben den Ruf, nicht besonders spannend zu sein. Nach meinem Mittwochvormittag am Verwaltungsgericht Gera würde ich das nicht mehr ohne Weiteres behaupten. Dort stritt die Pößnecker Stadträtin Constanze Truschzinski wegen eines Ordnungsgeldes von 100 Euro gegen das kommunale Parlament, dem sie angehört. Doch leider wird das Gericht in diesem schon weit mehr als nur 100 Euro teuren Verfahren einige der interessantesten Fragen, die sich in der Auseinandersetzung ergaben, nicht beantworten.

Ist es denn beispielsweise vermessen, von einem Mitglied eines Stadt- oder Gemeinderates zu erwarten, bessere Investoren beizubringen, wenn dieses mit den von der Stadt oder der Gemeinde gewonnenen nicht zufrieden ist? Nun, das Feierabendpolitik-System hat sicher seine Grenzen. Allerdings haben die Gewählten in den kommunalen Parlamenten einen Gestaltungsauftrag. Dieser beschränkt sich nicht nur darauf, mehr Geld für Sport- oder Kleingartenvereine aus eigentlich leeren Stadt- oder Gemeindekassen zu erstreiten. Auch Sport- und Gartenfreunde brauchen einen Job, und zwar einen möglichst guten, um sich ihren Spaß leisten zu können. So sollten Stadt- und Gemeinderäte zumindest den Ehrgeiz haben, selbst tatkräftig die beste Lösung herbeizufüh-

ren, wenn sie's wirklich besser wissen sollten als die Verwaltungen, für deren Qualität sie im Übrigen mit Sorge zu tragen haben. In den kommunalen Parlamenten sollten eigentlich die Leute mit den besten sozialen und Wirtschafts-Netzwerken sitzen, um diese zum Wohle ihrer Gemeinschaft zu nutzen. Doch wer Kontakte hat, ist

der Wählermasse oft verdächtig. Und wer wirklich Ideen hat, vermarktet diese lieber für mehr als nur ein kommunales Sitzungsgeld.

Wie transparent sollten solche Sitzungen eigentlich sein? Vielen Kommunalpolitikern, an der Spitze ihre Bürgermeister, ist oft

schon die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeit zu viel. Mancher würde ja gern Gemeinde- oder Stadtrat sein, wenn nur nicht jeder auf sein Tun und Lassen schauen könnte. Andere Leute, vor allem jene ohne die erforderlichen Mehrheiten, würden nicht öffentliche Sitzungen praktisch abschaffen. Würde man dann in den Gremien der Städte und Gemeinden noch offen über Dinge reden, die die breite Öffentlichkeit ungefiltert vielleicht nicht verträgt? Viele Themen, die hinter verschlossenen Türen erörtert werden, landen früher oder später eh am Stammtisch oder in der Zeitung. Wer wirklich geeignet ist für den Job, macht gerade vor allen Leuten keine Mördergrube aus seinem Herzen. Die breite Öffentlichkeit mag schwer zu berechnen sein. Aber genau dieser dient ja ein Stadt- oder Gemeinderat, wem sonst?!



Den Autor erreichen Sie unter m.koity@otz.de